

NEUE ANSÄTZE DER POLITISCHEN GEOGRAPHIE UND GEOPOLITIK

Mit 1 Abbildung

KLAUS-ACHIM BOESLER

Summary: New approaches in political geography and geopolitics

In recent times, space, location and spatially-tied resources experienced a dramatic loss in significance for political action. Regional identity, on the other hand, together with distinctive risks and features of time and space have increasingly gained importance as themes. These factors have led to changes in the approaches of political geography, and simultaneous consequences for a *Neue Geopolitik*.

It is in this context that this paper examines the changed concepts of territoriality and regional identity, the different forms of political regionalism in Europe, the effects of globalization and the present asymmetry of geographical structures in Europe. This in turn lends itself to the derivation of approaches to a new geopolitics. In this geopolitics is principally understood as an interdisciplinary theory of evaluation patterns in relation to time and space, which are used by those who are politically involved, and of the resulting political structures of space. Their theoretical foundations constitute the findings of all the sciences which touch upon politics, such as political geography.

Zusammenfassung: Raum, Lage und raumgebundene Ressourcen haben in jüngster Zeit dramatisch an Bedeutung für politisches Handeln eingebüßt. Auf der anderen Seite sind regionale Identitäten, räumlich-zeitliche Besonderheiten und Risiken zunehmend zu einem wichtigen Thema geworden. Diese Tatsachen haben in der Politischen Geographie zu veränderten Denkansätzen geführt; aus ihnen ergeben sich gleichzeitig Konsequenzen für eine Neue Geopolitik.

Der Beitrag betrachtet in diesem Zusammenhang die gewandelten Begriffe Territorialität und regionale Identität, die verschiedenen Ausprägungsformen des politischen Regionalismus in Europa, die Auswirkungen der Globalisierung und die gegenwärtige Asymmetrie der geopolitischen Strukturen in Europa. Daraus werden Ansätze für eine Neue Geopolitik hergeleitet.

Geopolitik wird dabei grundsätzlich aufgefaßt als interdisziplinäre Lehre von den zeitbedingten, raumbezogenen Wertungsmustern politischer Akteure und den daraus resultierenden politischen Raumstrukturen. Ihre theoretischen Grundlagen bilden die Erkenntnisse aller politikbezogenen Wissenschaften, u. a. auch der Politischen Geographie.

Problemstellung

Die geopolitischen Strukturen Europas sind gegenwärtig einem raschen Wandel unterworfen. Drei Prozesse und die sich daraus ergebenden Fragen an die Geopolitik mögen dies beispielhaft belegen:

1. Noch in diesem Jahrhundert werden sich die geopolitischen Strukturen Europas grundlegend verändern. Zwei westliche Organisationen, NATO und EU, werden die Akteure sein. Die NATO ist dabei der EU um einige Schritte voraus. Wahrscheinlich am 4. April 1999, dem 50. Geburtstag der Allianz, werden drei neue Mitglieder aus dem mittleren und östlichen Europa aufgenommen (Polen, Ungarn und die Tschechische Republik). Die EU will mit sechs Beitrittskandidaten verhandeln (Estland, Polen, Tschechische Republik, Ungarn, Slowenien und Zypern). Die grundsätzlichen Fragen, die damit aufgeworfen werden, lauten: Welche Kriterien geben für beide Vorgänge den Ausschlag? Spielen geostrategische Interessen eine Rolle? Wie wird die Rangordnung zwischen dem Beitritt zur NATO und der EU begründet?

2. Die Stellung Deutschlands in Europa und in der Welt hat sich 1990 grundlegend verändert. Mit "Germany is back" – so GREGOR SCHÖLLGEN (1994) – „Deutschland ist auf die Weltbühne zurückgekehrt“ – so HANS-PETER SCHWARZ (1994) – wird diese neue geopolitische Situation in der Mitte Europas umschrieben. Zwar ist der souveräne Nationalstaat Deutschland wiederhergestellt, doch handelt es sich nicht um den Nationalstaat der Reichsgründerzeit oder der Zwischenkriegszeit, sondern um seine „postmoderne“ Variante. Der „postmoderne“ Nationalstaat hat einen Teil seiner autonomen Handlungsfähigkeit eingebüßt oder aufgegeben. Er agiert in einem internationalen Geflecht, ist in internationale Institutionen eingebunden. Nicht nur in Deutschland hat sich daraus die Frage nach der Bedeutung der nationalen Interessen neu gestellt: Wieviel Autonomie soll der Nationalstaat den multilateralen Organisationen übertragen? Wieviel Außen- und Sicherheitspolitik muß sich an nationalen Interessen orientieren, ohne „die Demokratie und die Wohlfahrt der eigenen Bürger aufs Spiel zu setzen“ (SCHWARZ 1994)?

3. Geopolitische Machtfiguren – wie sie sich im Gleichgewichtsdenken oder, moderner formuliert, in der politischen Machtsymmetrie ausdrücken – haben heute eine ganz andere Bedeutung als in der alten Staatenwelt. Machtpotentiale sind nur noch am Rande an die klassischen Ressourcen wie territoriale Größe, Bevölkerungszahl und Bodenschätze oder Waffenarsenale gebunden. Wirtschaftlicher Wohlstand und gesellschaftliches Machtpotential lassen sich in der Epoche, die wir etwas ungenau als „postindustriell“ bezeichnen, auch auf kleinem Raum erzeugen, weil dafür Humanpotential, Innovationsfähigkeit, technologisches und kommunikatives Know-how entscheidend sind. Die Frage, die sich daraus ergibt, lautet: Welche Politik ist erforderlich, um zu einer geopolitischen Machtsymmetrie in Europa zu gelangen?

Die Diskussion dieser Fragen zeigt zweierlei:

– Ganz offensichtlich ist die gegenwärtige Renaissance der Geopolitik – sowohl international wie in Deutschland – aus den konkreten Entwicklungsprozessen zu begründen.

– Ebenso offensichtlich besteht eine Diskrepanz zwischen den konzeptionellen Auffassungen vieler Autoren, die sich als Geopolitiker begreifen, und den methodischen Ansätzen, die für die Lösung der genannten und anderer konkreter geopolitischer Probleme erforderlich sind.

Zumindest im deutschsprachigen Raum steckt die Geopolitik daher notwendigerweise in einer konzeptionellen Umbruchphase. Seit Jahrzehnten haben sich Politische Geographie und andere wissenschaftliche Disziplinen auf der einen und Geopolitik auf der anderen Seite in grundlegenden Fragestellungen weit voneinander entfernt. Diese Situation wird von einer ganzen Reihe Politischer Geographen als äußerst unbefriedigend angesehen.

Politische Geographie und Geopolitik im deutschsprachigen Raum

Gemeinsam ist Politischer Geographie und Geopolitik die Grundfragestellung nach Bedeutung und Dimension des Raumes und ihrem Verhältnis zur Zeit bei den Handlungen politischer Akteure. Unbestritten ist, daß beide Dimensionen eine Rolle spielen, äußerst umstritten ist aber seit RATZEL und KJELLÉN, in wel-

chem Verhältnis Räumlichkeit und Zeitlichkeit zueinander stehen:

– Räumlichkeit, das ist die teilweise natürlich, teilweise anthropogen vorgegebene, relativ konstante Dimension politischen Handelns, in erster Linie bestimmt von Lage und räumlichen Ressourcen und der Verteilung der Bevölkerung einschließlich ihrer Differenzierung nach ethnischen und religiösen Gruppen.

– Zeitlichkeit ist demgegenüber die relativ dynamische Dimension politischen Handelns, die von sozioökonomischen Veränderungen und dem Wandel gesellschaftlicher Wertungen getragen wird.

Umstritten ist, ob und inwieweit Politische Geographie und Geopolitik in der Räumlichkeit ihre Grundfragestellung zu sehen haben, d. h. ob es ihr Ziel sei, „geopolitische Konstanten“, sog. „geographische Faktoren“ als zentralen Punkt ihrer Fragestellung anzusehen, oder ob sie die zeitliche Relativität, die gesellschaftlich bedingten Bedeutungsveränderungen dieser „Konstanten“ als ihr Erkenntnisziel zu betrachten haben.

Diese Auffassungsgegensätze waren ein Aspekt des „Historikerstreits“ der 80er Jahre¹⁾, und trugen dazu bei, daß Politische Geographie und Geopolitik diese Grundfrage ganz unterschiedlich beantworteten und sich auf diese Weise weit voneinander entfernten. Die deutsche Politische Geographie hat spätestens vor 40 Jahren mit PETER SCHÖLLERS programmatischem Aufsatz mit dem Titel „Das Ende einer Politischen Geographie ohne sozialgeographische Bindung“ (SCHÖLLER 1958) die Abwendung von einer monokausal auf den Raum bezogenen Denkweise vollzogen. Sozialgeographische Bindung heißt nichts anderes, als daß räumliche Faktoren nicht als Konstanten aufgefaßt werden können und damit der Zeitlichkeit, d. h. dem Wandel gesellschaftlicher Bewertungsprozesse, unterworfen sind.

Auf der anderen Seite tun Geopolitiker gegenwärtig häufig das, was ANGELO BOLAFFI, Politikwissenschaftler in Rom, den „instrumentalisierenden und propagandistischen Zugriff der politischen Macht auf die Geographie“ genannt hat (BOLAFFI 1995). Die Empfehlung der Politischen Geographie an die Geopolitik kann dabei nur darin bestehen, diesen Zugriff nicht auf eine veraltete Politische Geographie vorzunehmen, wie sie vor PETER SCHÖLLERS grundlegendem Aufsatz einmal bestand.

Daraus ergibt sich, daß die auch neueren Publikationen zugrundeliegende Auffassung, Geopolitik sei die Lehre „vom Einfluß des geographischen Raumes auf die Politik eines Staates“ (BRILL 1994, 21) aus der Sicht der Politischen Geographie in dieser Form nicht aufrechterhalten werden kann.

¹⁾ Der „Historikerstreit“ in Deutschland befaßte sich im Rahmen einer „neuen geohistorischen Hypothese“ u. a. mit Argumentationen der deutschen Geopolitik der 20er Jahre, insbesondere dem Lagedeterminismus („Mittellage“, „Deutschlands Schicksal ist die Geographie“). Vgl. KOCKA (1986); WEHLER (1988); SCHULTZ (1989).

Die heutigen Begriffe der Territorialität und Identität

Politische Geographie und moderne Geopolitik gehen von zwei Kernbegriffen aus: Territorialität und regionale und/oder nationale Identität. Der Begriff der *Territorialität* (vgl. COX 1991; v. D. WUSTEN 1994) hat einen neuen, veränderten Inhalt bekommen, der insbesondere in vier Punkten zum Ausdruck kommt:

– Es haben sich in den letzten Jahren veränderte räumliche Ebenen politischen Handelns und politischer Akteure entwickelt, die teilweise ineinander verflochten sind: sowohl in Richtung auf die suprastaatliche, teilweise sogar globale Ebene, als auch „nach unten“ auf die regionale und lokale Ebene. Man spricht in diesem Zusammenhang davon, daß der Staat ein „leaking container“ (TAYLOR 1994, 152) geworden sei.

– An die Stelle der überkommenen Universalstaatlichkeit, d. h. der vollen territorialen Souveränität der Staaten tritt verstärkt eine funktional gegliederte Teilstaatlichkeit. Die Menschen leben in mehreren, räumlich verschiedene Ordnungssystemen und entwickeln zu ihnen unterschiedliche Loyalitäten: wir sprechen von europäischer, nationaler, regionaler und teilweise lokaler Identität und stellen zugleich fest, daß es gesplattene räumliche Loyalitäten geben kann.

– Es entsteht in diesem Zusammenhang eine neue Funktionalität von Grenzen, teilweise findet ein „Entgrenzungsprozeß“ (BROCH u. ALBERT 1995) statt. Wir stellen eine abnehmende Fähigkeit der Staaten fest, dieser Entwicklung durch Abschottungsmaßnahmen entgegenzuwirken. Grenzen sind für Informationen, Güter, Kapital und Dienstleistungen immer durchlässiger geworden (vgl. GALLUSER 1994). In vielen Branchen des sekundären und tertiären Sektors ist „global sourcing“ an die Stelle national begrenzter Wirtschaftsräume getreten.

– Bei der angestrebten wirtschaftlichen Transformation und Integration Osteuropas bestehen sehr verschiedene Optionen und Widersprüche im Verhältnis der Handlungsebene kleinräumiger ethnischer und/oder nationaler Einheiten auf der einen und der staatlichen Ebene auf der anderen Seite. Während „Integration“ im westlichen Europa für Kooperation, Sicherheit, Demokratie, Fortschritt und Pluralität steht, gilt dieser Begriff in Mittel-Ost-Europa (MOE) in Erinnerung an Warschauer Pakt und COMECON als Synonym für Totalitarismus, Gewalt und Unterdrückung. Revitalisierung des Nationalismus ist dort also Teil der Ablösung von kommunistischer Herrschaft. Man spricht daher auch sicherlich zu Recht vom „Selbstbehauptungsnationalismus“ (LÜBBE 1994). Das sich in Westeuropa herausbildende Gleichgewicht zwischen

Loyalität des Bürgers zur Region, zum Staat und zu Europa ist in der Umbruchphase Mittel- und Osteuropas gegenwärtig noch nicht zu erreichen (vgl. WOLFF-POWESKA 1995).

Für eine neue Geopolitik ergibt sich daraus die Konsequenz, daß politische Identität nicht an die staatliche territoriale „Einheit“ gekoppelt ist. Sie tritt vielmehr differenziert auf. Das bedeutet: geopolitische Interessen bestehen auf sehr verschiedenen räumlichen Maßstabebenen, geopolitische Teileinheiten müßten nicht kongruent sein mit staatlichen oder administrativen Grenzen. Andere, möglicherweise gegensätzliche Interessen können gleichermaßen eine differenzierte Territorialität aufweisen (DODDS 1994). Ganz allgemein aber gilt: Territorialität und raumbezogene Identität sind einem zeitlichen Wandel unterworfen.

Die unterschiedlichen Ausprägungsformen des politischen Regionalismus im heutigen Europa

In diesem Spannungsfeld kommt für die geopolitische Betrachtung Europas dem politischen Regionalismus eine besondere Bedeutung zu. Seine Wurzeln reichen bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts zurück. Bereits in einem Ergänzungsband zur Universalausgabe des LAROUSSE aus dem Jahr 1877 findet sich eine Definition dieses Begriffs. Er ist Ausdruck eines regional verankerten, politischen Eigeninteresses gegenüber dem Zentralstaat. Seitdem haben sich in Europa sehr unterschiedliche Erscheinungsformen des Regionalismus herausgebildet. Wir verstehen darunter „eine politisch-soziale Bewegung, die – gestützt auf ethnische, kulturelle oder historische Merkmale einer Region und ihrer Bevölkerung – gegen den Herrschaftsanspruch der Zentrale für die Region Autonomie verlangt“ (HRBEK u. WEYAND 1994). Die Forderungen an die Zentralregierung reichen dabei von konkreten Maßnahmen einzelner Politikbereiche über institutionelle Veränderungen politischer Willensbildung bis hin zur Verfassungsreform und Garantie der Zugeständnisse. Die Grundlage für das Entstehen des politischen Regionalismus wird in der Suche nach einem „Regionalbewußtsein“ und „Regionaler Identität“ gesehen.

Regionale Identität ist zum politischen, besonders zum regionalpolitischen Programm erhoben worden. Das Konzept der „Endogenen Potentiale“ einer Region berührt implizit den politischen Regionalismus als kulturelle, ökonomische, ökologische und soziale Dimension der Entwicklung. „Eigenständige Regionalentwicklung“ enthält schon im Begriff die Abwehr von Außensteuerung und damit die Sicherung einer eigenen Identität gegenüber einer – zumindest subjektiv –

als „fremdbestimmt“ wahrgenommenen Identität. Region und regionales Bewußtsein haben vor allem eine historische Dimension. Hier liegt eines der zentralen Probleme bei der Betrachtung des Regionalismus und bei jedem Versuch der Regionalisierung in Europa. Man kann dabei von einer Asymmetrie der Staaten in Europa reden.

Diese Asymmetrie ist im Grunde genommen bereits seit dem Spätmittelalter angelegt. Die Historiker – in jüngster Zeit besonders PETER KRÜGER (1992) – haben darauf hingewiesen, daß in der Zeit, in der sich die politischen Strukturen Europas herausbildeten, durch Mitteleuropa eine Grenze verlief, die West- und Westmitteleuropa mit der Herausbildung großer Nationalstaaten vom ost- und ostmitteleuropäischen Raum trennt, in dem Akkulturations- und Kolonisationsprozesse stattfanden. Die Nationalstaaten im östlichen Teil Europas bildeten sich relativ spät, ihre Grenzen wurden in erheblichem Maße durch den Vertrag von Versailles und die Folgeverträge geformt. Die dadurch hervorgerufene Asymmetrie hat dazu beigetragen, daß wir heute unterschiedliche Erscheinungsformen des politischen Regionalismus in Westeuropa auf der einen und in Mittel- und Osteuropa auf der anderen Seite erkennen können.

Im westlichen Europa tritt politischer Regionalismus überwiegend als Gegenbewegung zum Zentralismus auf. Es geht seinen Vertretern dabei um die Erlangung von Mitbestimmung oder Eigenständigkeit in der ökonomischen, politischen und kulturellen Entwicklung; das schließt auch die räumliche Dimension ein. In jedem Falle setzt die westeuropäische Form des politischen Regionalismus den funktionalen Zusammenhang zur Entwicklung des staatlichen Gesamtverbandes voraus, das Ziel der Separation ist also ausgeschlossen. Ein Beispiel dafür ist Katalonien. Durch die spanische Verfassung von 1978 wurde es eine von 17 „Autonomen Gemeinschaften“. Diese Entwicklung hat eine neue Form des Regionalismus ausgelöst. Katalonien beansprucht eine starke Rolle im Europa der Regionen. Der Kern dieses Konzepts besteht darin, daß sich durch die Integration Europas und die Übertragung von nationalstaatlichen Kompetenzen auf Institutionen der EU den Regionen ein neues Aktionsfeld eröffnet.²⁾ Regionen wie Katalonien versuchen,

durch Regionsmarketing regionale Besonderheiten und Standortvorteile in Entwicklungs- und Wettbewerbsvorteile umzumünzen: Schlüsselpositionen im europäischen Raum, landschaftliche und urbane Qualitäten, kulturelle und technologische Traditionen.

Im östlichen Europa sind die regionalistischen Bewegungen in erster Linie ethnisch und religiös bestimmt. Sie treten vielfach in der Form des Ethno-Nationalismus auf. Aufgrund seiner Besiedlungs- und Herrschaftsgeschichte ist der ostmittel- und südosteuropäische Raum in ethnischer Hinsicht außergewöhnlich heterogen und weist darüber hinaus eine sehr kleinräumige topographische Struktur auf.

Dies zeigt sich beispielsweise in der Provinz Kosovo. Von den 6,5 Mio Albanern, die heute auf dem Balkan leben, entfallen nur etwa 4 Mio auf die Republik Albanien. Ein großer Teil der Albaner außerhalb Albanien lebt in der serbischen Provinz Kosovo. Durch die Verfassung von 1974 erhielt Kosovo den Status einer autonomen Provinz, wodurch sich die Lage der Albaner vorübergehend besserte, allerdings nur bis zur Änderung der Verfassung im Jahre 1990. Durch diese Verfassungsänderung wurden fast alle ethnischen Albaner aus dem öffentlichen Leben verdrängt – aus Wirtschaft, Verwaltung, Ausbildung und Erziehung, Medien und Gesundheitswesen. Gleichzeitig gewann die serbische Minderheit durch massiven Einsatz von Miliz, Militär und Polizei die totale Kontrolle über das Kosovo. Die Albaner widersetzten sich der serbischen Gewaltherrschaft, allerdings gewaltlos. Sie zogen sich zurück und bildeten im Untergrund ihr eigenes Gemeinwesen. Man spricht von einem „Kosovarischen Schattenstaat“ (SCHMIDT 1995, 145). Das Resultat war eine gleichsam horizontale Teilung des Kosovo. An der Oberfläche des öffentlichen Lebens sind die Serben unter sich. Darunter haben die Kosovo-Albaner ihre eigenen Organisationsstrukturen aufgebaut.

Dem politischen Regionalismus kommt also für die geopolitische Struktur weiter Teile Europas eine außerordentliche Bedeutung zu; er steht aber in den westlichen Teilen Europas in einem anderen Begründungszusammenhang als in den östlichen und hat daher eine weitgehende unterschiedliche Qualität und damit eine sehr unterschiedliche Bedeutung für integrationspolitische Ziele.

Globalisierungstendenzen in ihrer Bedeutung für das heutige Europa

Entgegengesetzte Akzente – oder scheinbar entgegengesetzte Akzente? – zum politischen Regionalismus und zum Nationalismus setzt der Prozeß, den wir als

²⁾ Eine noch bisher ungelöste Problematik enthält das Staatsmonopol für auswärtige Beziehungen, das die spanische Verfassung festlegt. Die Autonomen Gemeinschaften haben danach keine Kompetenz, internationale Verträge abzuschließen (vgl. CHINER 1990, 194f).

Globalisierung bezeichnen. Ein großer Teil der Literatur weist sicher zu Recht darauf hin, daß Globalisierung ein schillernder Begriff mit einer gewissen Unschärfe ist, die immer dann entsteht, wenn unterschiedliche Phänomene unter ein gemeinsames Paradigma gezwungen werden. In erster Linie findet Globalisierung im ökonomischen Bereich statt. Sie bedeutet die Internationalisierung von Märkten, von Produkten, von Produktion, von Forschung und Entwicklung, von Technologien und von Informationen. Industrien, Technologien, Unternehmen, Qualifikationsstrukturen und Beschäftigungsverhältnissen.

Während man sich in der Beschreibung der Globalisierungsphänomene noch weitgehend einig ist, gehen die Meinungen, ob Globalisierung Segen oder Fluch sei, weit auseinander. Die einen sehen in der Globalisierung vor allem eine Chance zur Deregulierung und weltweiten Durchsetzung von „Marktbeziehungen“, die anderen warnen vor der „Globalisierungsfälle“. Unter dem Druck des globalen Wettbewerbs werde die Politik gezwungen, vor den Sachzwängen der transnationalen Ökonomie zu kapitulieren.

Von Seiten der Politischen Wissenschaften wird zusätzlich darauf hingewiesen, daß durch den Prozeß der Globalisierung internationale Regime³⁾ und supranationale Organisationen zunehmend eine disziplinierende Wirkung auf die Politik der Nationalstaaten ausüben (RÖSNER 1997). Neben den ökonomischen „global players“ haben sich auch auf der politischen Ebene neue globale Akteure gebildet, z. B. Nichtregierungsorganisationen und internationale Institutionen oder die internationalen Klimaschutzkonferenzen (V. PRITZWITZ 1990; OBERTHÜR 1993).

Aus den kulturwissenschaftlichen Disziplinen dagegen sind, zumindest in Bezug auf die Implikationen und Risiken von Globalisierungstendenzen, eher vorsichtige Stimmen zu hören. Der Anthropologe CONSTANTIN VON BARLOEWEN etwa sieht Globalisierung als einen künstlichen Prozeß, der vor allem durch die weltweite Bilder- und Informationsübermittlung großer Medienkonzerne erzeugt wird. Insofern vollzieht sich seiner Meinung nach die „Vereinheitlichung der Welt [...] lediglich im Sinne einer Rationalität des Marktes und keineswegs durch Schaffung einer kollektiven Weltidentität, die wirklich vermittelnd und ver-

bindend zwischen den Kulturen und Religionen wirken könnte“ (V. BARLOEWEN 1996). Wirtschaftlich wachse die Welt zusammen, aber politisch und kulturell drifte sie auseinander. Unter dem Druck der Globalisierung, so BARLOEWENS Schlußfolgerung, wächst neben dem Zwang zur Universalisierung von Verhaltensweisen zugleich die Tendenz zur (Selbst-)Behauptung kultureller Eigenheiten sowie regionaler und lokaler Identitäten. Ähnlich argumentiert der Bevölkerungswissenschaftler JOSEF SCHMID, wenn er schreibt: „Es gehört zum Globalisierungsparadoxon, daß Absonderungsmotive und lokale Identitäten gestärkt werden und ein Bewußtsein von nationalen Interessen dort entsteht, wo dies bisher nicht nötig schien“ (SCHMID 1996). Die Dialektik zwischen Globalisierung und Fragmentierung ist auch einer der Ausgangspunkte des umstrittenen HUNTINGTONSchen Konfliktszenarios, in dem er eine Zunahme einer Politik der kulturellen Identitäten prognostiziert (HUNTINGTON 1996). Dabei ist „Fundamentalismus“ sein Codewort für die Gefährdung westlich-freiheitlicher Werte durch Kulturen und Zivilisationen, deren Politikverständnis von einer Essentialisierung ethnischer, religiöser oder politischer Werte geprägt ist. Ohne Zweifel haben sich in vielen nicht-westlichen Gesellschaften als Reaktion auf den vom Westen und von seinen Institutionen dominierten Globalisierungsprozeß gesellschaftliche Gegenbewegungen herausgebildet, die sich der vermeintlich kulturell einebnenden Wirkung dieses Prozesses entgegenstellen und gegen eine Übernahme des kulturellen Modells der westlichen Zivilisation opponieren. Aber auch wenn die HUNTINGTONSche These, daß der „Konflikt zwischen den Kulturen“ sich als neue globale Konfliktlinie nach dem Ende der bipolaren Weltordnung etablieren wird, zu Recht angezweifelt wird, sind regionale und lokale Konflikte als Folge der mit der Globalisierung verbundenen Strukturveränderungen im internationalen Staatensystem durchaus wahrscheinlich.

Handelt es sich bei Globalisierung und politischem Regionalismus und Wiedererstarben des Nationalismus um entgegengesetzte Prozesse? Diese Frage liegt deswegen auf der Hand, weil Globalisierung, d. h. Entgrenzung, und Abgrenzung gleichzeitig stattfinden. Entgrenzung ist offensichtlich nicht als geradlinig fortschreitender Prozeß zu verstehen. Sie ist von Abgrenzungsprozessen begleitet, die daraufhin zu prüfen sind, ob es sich hier um regressive Erscheinungen – im Sinne des Nachwirkens einer Tradition territorialer Identität – handelt oder um Folgewirkung der Entgrenzung. Man kann es auch anders ausdrücken: die gegenläufigen Prozesse könnten Gegenteilstendenzen zur Globalisierung sein, aber auch funktionale Anpassung bedeuten.

³⁾ Internationale Vereinbarungen und wachsende institutionelle Interdependenzen führen dazu, daß verschiedene Politikbeziehungen – u. a. die Sicherheitspolitik – nicht mehr ausschließlich nach nationalen Vorgaben gestaltet werden können.

Die Asymmetrie der geopolitischen Strukturen in Europa

Das größte Sicherheitsrisiko für Europa geht aber neben den ethnisch-territorialen Konflikten in Mittel- und Osteuropa davon aus, daß die geopolitischen Strukturen Europas gegenwärtig sehr unterschiedlich sind. Dies drückt sich nicht nur in den unterschiedlichen Formen des Politischen Regionalismus in West- und Mittel-Ost-Europa aus, sondern auch in der unterschiedlichen Machtverteilung. ERNST-OTTO CZEMPIEL hat darauf hingewiesen, daß die „Entsprechung der gesellschaftlichen Potentiale“ die beste Voraussetzung für Sicherheit und Frieden wäre (CZEMPIEL 1991). Betrachtet man das Verhältnis von EU und GUS unter diesem Gesichtspunkt, dann zeigen sich extreme Ungleichgewichte: Der riesigen Landmasse Rußlands steht der kleine westeuropäische Subkontinent gegenüber. Dort wohnen allerdings mehr als doppelt so viele Menschen wie in Rußland und ihr Bruttosozialprodukt pro Kopf ist fast dreimal so groß: 14.415 US \$ gegenüber 4.755 US \$. Es ist noch nicht abzusehen, ob und wann die Staaten der früheren SU den Lebensstandard der EU erreichen werden und die durch Europa verlaufende Wohlstandsgrenze verschwinden wird.

Besonders problematisch ist aber die Machtasymmetrie. Das westliche Europa ist durch Vertiefung und Erweiterung der Union auf dem Weg in eine neue Ordnung. Der Raum der früheren SU zerfällt dagegen politisch. Die Frage ist, ob eine verstärkte Zusammenarbeit der GUS-Staaten in Form einer Föderation möglich ist, ohne daß die alten hegemonialen und imperialen Bestrebungen Rußlands wieder wirksam werden. Gedanken und erste Ansätze dazu sind vorhanden: Weißrußland, Kasachstan und Kirgistan haben sich 1996 mit Rußland zur „Gemeinschaft Integrierter Staaten“ zusammengeschlossen; Rußland und Weißrußland haben eine im einzelnen noch nicht festgelegte Form einer politischen Union vereinbart. Kasachstans Präsident Nasarbajew hat Überlegungen zu einer „Eurasischen Union“ angestellt. Die EU hat in ihrem „Aktionsplan für Rußland“ vom Mai 1996 die weitere Zusammenarbeit der GUS-Staaten vorgeschlagen.

Ein neuralgisches, ungelöstes Problem stellt die politische Ordnung des Raumes dar, den die Geopolitik häufig als „Zwischeneuropa“ bezeichnet hat und der von den Baltischen Staaten bis zum Schwarzen Meer reicht. 1918 war dieser Raum von Frankreich und England als *cordon sanitaire* gegenüber der Sowjetunion gedacht; später wurde der SU zugestanden, die Staaten dieses Raumes als Sicherheitsglacis gegenüber dem westlichen Europa aufzufassen und den Warschauer Pakt zu etablieren. Nach dessen Auflösung ergibt sich für die Länder „Zwischeneuropas“ die Gelegenheit,

endlich den von ihnen gewünschten politischen Ort einzunehmen. Ihrem Selbstverständnis, ihrer Geschichte und ihrer Kultur nach sind sie zweifelsfrei ein Teil des westlichen Europa. Insofern ist die Öffnung von NATO und EU nach „Zwischeneuropa“ ein selbstverständlicher, geopolitisch begründeter Vorgang. Ein neuralgischer Punkt dabei darf allerdings nicht übersehen werden, die Selektivität bei der Öffnung: wie soll man z. B. den Rumänen verständlich machen, daß Ungarn 1999 Mitglied der NATO werden darf, sie aber nicht? Warum soll Polen ein Beistandsversprechen nach Art. 5 des Nordatlantik-Vertrages gegeben werden, nicht aber den Baltischen Staaten?

Diese Problematik besteht für alle Beitrittskandidaten, die die Aufnahmekriterien erfüllen (vgl. Study on NATO Enlargement 1995). Die Überlegungen zu einer „Post-Erweiterungsstrategie“ erscheinen nur teilweise realistisch (KAMP 1997), so daß die Gefahr einer geopolitischen Teilung Zwischeneuropas zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern der NATO gesehen wird (CZEMPIEL 1997).

Die größten sicherheitspolitischen Probleme in Europa ergeben sich allerdings aus der desolaten Wirtschafts- und Finanzsituation Rußlands. Sie finden u. a. ihren Ausdruck in der Entwicklung der Handelsbeziehungen zu den westlichen Industrieländern, z. B. zu Deutschland. Deutschlands Außenhandelsbeziehungen zu Rußland und den mittel- und osteuropäischen Ländern weisen eine völlig unterschiedliche Qualität und sehr unterschiedliche Entwicklungstendenzen auf. Die deutsch-russischen Handelsbeziehungen entsprechen in ihrer Struktur eher dem Verhältnis zu einem Entwicklungsland als dem zwischen entwickelten Industriestaaten: der Anteil von Rohstoffen an der Ausfuhr nach Deutschland machte 1994 87,2% und 1995 88,5% aus. Allein auf Erdgas und Erdöl entfallen 51%. Der gegenwärtige Zustand der russischen Industrie läßt kaum erwarten, daß der Anteil von Fertigwaren an den Ausfuhren gesteigert werden könnte.

Demgegenüber weisen die Handelsbeziehungen Deutschlands zu den MOE-Staaten eine deutlich ausgeglichene Tendenz auf. Exporte wie Importe werden im Gegensatz zu Rußland von industriellen Fertigwaren bestimmt (Abb. 1). Bedenklich aus russischer Sicht ist es auch, daß die Handelsbeziehungen zu Deutschland stagnieren; dagegen nahmen 1995 die deutschen Exporte nach Polen um 23%, nach Tschechien um 12,7% und nach Ungarn um 10% zu. Die deutschen Einfuhren aus diesen drei Ländern stiegen im gleichen Zeitraum jeweils um 23, 25, 28%. Bemerkenswert ist der Trend zur Steigerung der Investitionsgütereinfuhren aus Deutschland (Wirtschaft und Statistik 1996, 502 u. 504).

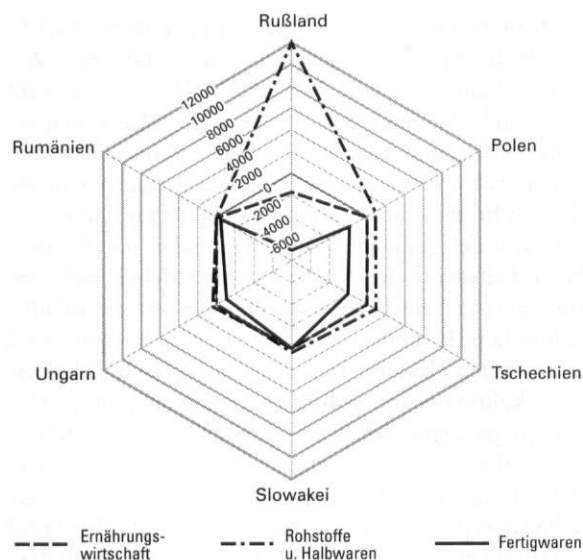


Abb. 1: Handelsbilanzen mit Deutschland für 1995 (in Millionen DM)

Entwurf: K.-A. BOESLER (1997) – Technische Ausführung: M. LOHMANN nach Daten des Statistischen Bundesamtes der Bundesrepublik Deutschland

Trade balances with Germany in 1995 (in mill. DM)

Design: K.-A. BOESLER (1997) – Technical execution: M. LOHMANN in accordance with data from the Statistisches Bundesamt of the FRG

Ein ganz ähnliches Bild ergibt die Betrachtung der deutschen Direktinvestitionen in Rußland. Ihr Umfang betrug 1996 etwa 500–600 Mio DM. Die räumliche Verteilung dieser Investitionen sagt allerdings sehr viel aus: neben den Finanz- und Handelszentren Moskau und St. Petersburg waren es vor allem die rohstoffproduzierenden Provinzen (Perm, Thumen und Tscheljabinsk), in die diese Mittel flossen. Auch hierzu sind die Tendenzen im Verhältnis zu den MOE-Ländern signifikant anders. Die Ursachen liegen vorwiegend auf der russischen Seite: allgemein ungünstiges Investitionsklima, unvollkommene und widersprüchliche Gesetzgebung, ungelöste Grundstücksprobleme und ständige Revisionen der Rahmenbedingungen für ausländische Investoren.

Die gegenwärtige Asymmetrie der geopolitischen Struktur Europas zeichnet sich also deutlich ab: Im westlichen Teil vertieft sich die Union, es hat ein Prozeß der Öffnung nach Osten eingesetzt. MOE wird den politischen Platz einnehmen, der ihm aufgrund seiner Identität und seiner Geschichte zusteht. „Zwischeneuropa“ wird danach nicht mehr existieren.

Wie aber steht es mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion (ohne Baltikum)? Ihre gegenwärtigen gesellschaftlichen Potentiale reichen für eine langfristige

Kooperation nicht aus. Rußland kann die Schwäche seiner gesellschaftlichen, geopolitischen Potentiale nicht mehr durch seine reichen natürlichen Ressourcen kompensieren. Auf den entscheidenden Gebieten der wirtschaftlichen Wohlfahrt und der demokratischen Partizipation liegt Rußland gegenüber dem westlichen Europa weit zurück.

Die heutige Geopolitik aber geht von der These aus, daß sicherheitspolitische Kooperation dann am ehesten möglich ist, wenn die gesellschaftlichen Potentiale einigermaßen symmetrisch sind. Die Konsequenz daraus müßte also lauten: Erhöhung der Wirtschafts- und Politikhilfe für die GUS-Länder, um das krasse West-Ost-Gefälle in Europa substantiell zu verringern.

Ansätze einer Neuen Geopolitik

Welche Ansatzpunkte ergeben sich daraus für eine neue Geopolitik? Wenn man der Feststellung von BOLAFFI folgen will, Geopolitik sei der Zugriff der politischen Macht auf die Geographie, dann schließt dies auch die Beachtung der aktuellen Theorien aller politikbezogenen wissenschaftlichen Disziplinen, u. a. auch der Politischen Geographie ein.

Die Theorie der Politischen Geographie ist durch zwei scheinbar entgegengesetzte Tendenzen gekennzeichnet, die sich auf das eingangs genannte Verhältnis von Räumlichkeit und Zeitlichkeit beziehen: Auf der einen Seite steht die Erkenntnis, daß politische Entscheidungen in spätmodernen Kulturen räumlich und zeitlich – wie GIDDENS es formuliert hat – „disembedded“, d. h. „entankert“ sind (GIDDENS 1990; vgl. auch WERLEN 1993, 250).

Raum, Lage und raumgebundene Ressourcen haben – vor allem seit Mitte der 80er Jahre – dramatisch an Bedeutung eingebüßt. Sie sind keineswegs – wie die klassische, deterministische Geopolitik dargelegt hatte – konstante, immobile Größen. Ihre Bedeutung ändert sich mit politischen, sozioökonomischen und technologischen Entwicklungen. Neue Telekommunikations- und Informationssysteme haben bewirkt, daß politische Akteure an beinahe beliebigen Standorten Segmenten aus globalen Informationsströmen herauslösen können. Weder der Zugriff auf die Informationen noch deren Interpretation sind räumlich abhängig. Es kommt hinzu, daß der quartäre Sektor, besonders das Finanzwesen, zu einem stark wachsenden Wirtschaftssektor geworden ist und gleichzeitig die Kosten der Raumüberwindung ihre raumdifferenzierende Wirkung weitgehend verloren haben (LÄPPLE 1991). H.-A. STEGER spricht in diesem Zusammenhang von einer „progressiven Einschrumpfung des

Raumes“ (STEGER 1989, 47). Sehr eindrucksvoll hat W. FLÜCHTER am Beispiel Japans gezeigt, daß gerade wegen des Mangels an Bodenschätzen, wegen der Konzentration von Wirtschaft und Bevölkerung auf engem Raum, wegen seines beschränkten Militärpotentials das Land zu einer führenden Industrie- und Handelsmacht geworden ist (FLÜCHTER 1994, 41).

Auf der anderen Seite geht damit zugleich die Notwendigkeit einher, regionale Identitäten, räumlich-zeitliche Besonderheiten und Risiken zum Gegenstand politisch-geographischer Betrachtung zu machen. Das Erstarken des politischen Regionalismus hat nicht nur in der Geographie, sondern auch in verschiedenen Nachbarwissenschaften – z. B. in den Umweltwissenschaften, der Politikwissenschaft und der Soziologie – zu einer vermehrten Erforschung regionaler Perspektiven geführt (DANIELZYK u. OSSENBRÜGGE 1993). Das „regionale Milieu“ wird in den Regionalwissenschaften, aber auch in der Regionalpolitik als immer wichtiger angesehen. Man versteht darunter einen Komplex von ökonomischen, sozialen und kulturellen Faktoren, der von regionalen Akteuren (Unternehmern, Arbeitnehmern, Politikern und Organisationen) getragen wird (HÄUSSERMANN u. SIEBEL 1993, 220). Um das daraus resultierende endogene Potential zu mobilisieren, sollten die regionalen Akteure bei regionalpolitischen Strategien auch an der Zielformulierung beteiligt werden.

In diesem Zusammenhang ergibt sich für die Politische Geographie die Aufgabe, sich mit den verschiedenen Formen des Risiko-Managements zu befassen. Dieser Aufgabe wird heute ein weitgefäßer Risikobegriff zugrunde gelegt, nach dem Risiko „eine kulturelle Vorstellung [ist], mit der die individuellen Gefühle des Kontrollverlustes und der Ohnmacht angesichts der globalen sozialen Veränderungen [...] umschrieben werden“ (GERRARD 1996, 498). Die von einem Sicherheitsrisiko Betroffenen fühlen sich und ihre Region von der Entscheidungsfindung über globale Risiken ausgeschlossen. Das gilt gleichermaßen für alle Dimensionen der äußeren und inneren Sicherheitsrisiken, ganz besonders für den Bereich ökonomischer und ökologischer Sicherheit.

Die Folgerung aus diesem scheinbaren Widerspruch ist, daß räumliche und zeitliche Komponenten nicht mehr auf eine festgefügte Weise miteinander gekoppelt sind. Die politischen Akteure beurteilen räumliche Gegebenheiten, Risiken und Potentiale nicht nur auf eine spezifische und sehr vielfältige Weise, sie beurteilen sie je nach zeitbedingter gesellschaftlicher Orientierung immer wieder neu. Das ist eine der Grundthesen der neuen Geopolitik. Die mit „Geo“ bezeichneten Zusammenhänge sind also – das ist die Konsequenz für eine neue Geopolitik – nichts anderes als zeitgebun-

dene Bewertungen der Arena, als grundlegend wichtige Rahmenbedingungen politischen Handelns, Zusammenhänge, für die S. DALBY (1991) den Begriff „geopolitical codes“ vorgeschlagen hat. Aus ihnen ergeben sich raumbezogene Wertungsmuster aller politischen Akteure und damit eine zeitbedingte geopolitische Ordnung auf allen politischen Handlungsebenen, von der globalen bis zur regionalen und lokalen. Sicherheitspolitische Aspekte spielen dabei nach wie vor eine zentrale Rolle. Allerdings treten die militärpolitischen Dimensionen der Sicherheit mehr und mehr in den Hintergrund, sozioökonomische, ökologische, kulturelle und politische Gesichtspunkte gewinnen in gleichem Maße an Bedeutung. Die Militärmacht der großen Staaten ist dafür nach wie vor von Bedeutung, aber mit den neuen Dimensionen der Sicherheitspolitik gewinnen die Akteure oberhalb und unterhalb der staatlichen Ebene zunehmend an Gewicht (OSSENBRÜGGE u. SANDNER 1994, 683). Während sich klassische Geopolitik noch vornehmlich mit „high politics (wars, grand strategy and diplomacy)“ beschäftigte, wendet sich die neue Geopolitik verstärkt auch den Fragen der „low politics (popular culture, social movements)“ zu (PAINTER 1995, 149).

Literatur

- BARLOEWEN, C. v. (1996): Gibt es ein Weltdorf? In: FAZ v. 8. 3.
- BOLAFFI, A. (1995): Das lateinische Reich. Die Wiederkehr der Geopolitik. In: FAZ v. 11. 10.
- BRILL, H. (1994): Geopolitik heute. Deutschlands Chance? Frankfurt/M., Berlin.
- BROCH, L. u. ALBERT, M. (1995): Entgrenzung der Staatenwelt. In: Zeitschr. f. Internationale Beziehungen 2, 259–289.
- CHINER, M. J. M. (1990): Landesbericht Spanien. In: OSSENBRÜHL, F. (Hg.): Föderalismus und Regionalismus in Europa. Baden-Baden.
- COX, K. R. (1991): Redefining 'territory'. In: Political Geography Quarterly 10, 5–7.
- CZEMPIEL, E.-O. (1991): Gleichgewicht oder Symmetrie. In: Jahrbuch für Politik 1, 127–150.
- (1997): Die Neuordnung Europas. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 1–2/97, 34–45.
- DALBY, S. (1991): Critical Geopolitics: Discourse, Difference and Dissent. In: Environmental Planning D, Society and Space 9, 261–283.
- DANIELZYK, R. u. OSSENBRÜGGE, J. (1993): Perspektiven geographischer Regionalforschung. „Locality Studies“ und regulationstheoretische Ansätze. In: Geographische Rundschau 45, 210–216.

- DODDS, K.-J. (1994): Geopolitics and Foreign Policy: Recent Developments in Anglo-American Political Geography and International Relations. In: *Progress in Human Geography* 18, 186–208.
- FLÜCHTER, W. (1994): Japan: Raum- und Ressourcenprobleme unter Aspekten von Geopolitik, Anpassungsmaßnahmen und Landesentwicklung. In: *Japanstudien. Jb. des Deutschen Instituts für Japanstudien der Philipp-Franz-v. Siebold-Stiftung* 6, 17–45.
- GALLUSER, W. H. (Hg.) (1994): *Political Boundaries and Coexistence. Proceedings of the IGU-Symposium*. Basel, Bern.
- GERRARD, S. (1996): Management von Umweltrisiken. In: O'RIORDAN, T. (Hg.): *Umweltwissenschaften und Umweltmanagement*. Berlin, Heidelberg, 497–532.
- GIDDENS, A. (1990): *The Consequences of Modernity*. Stanford.
- HÄUSSERMANN, H. u. SIEBEL, W. (1993): Die Kulturalisierung der Regionalpolitik. In: *Geographische Rundschau* 45, 218–223.
- HRBEK, R. u. WEYAND, S. (1994): *Betrifft: Das Europa der Regionen, Fakten, Probleme, Perspektiven*. München.
- HUNTINGTON, S. P. (1996): *Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*. München, Wien.
- KAMP, K.-H. (1997): *Die NATO nach der Erweiterung: Elemente einer Post-Erweiterungsstrategie*. K.-Adenauer-Stiftung. Arbeitspapier. St. Augustin.
- KOCKA, J. (1986): Kritik und Identität. Nationalismus, Alltag und Geographie. In: *Die Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte* 33, 890–897.
- KRÜGER, P. (1992): Mitteleuropa – ein europäisches Strukturproblem. In: *Westmitteleuropa – Ostmitteleuropa, Vergleiche und Beziehungen. Festschrift für Ferdinand Seibt zum 65. Geburtstag. Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, Bd. 70, München*, 23–36.
- LÄPPLE, D. (1991): Thesen zu einem Konzept gesellschaftlicher Räume. In: *Wissenschaftszentrum NRW, Kulturwissenschaftliches Institut, Bericht 1991*, 1–16.
- LÜBBE, H. (1994): *Abschied vom Superstaat*. Berlin.
- OBERTHÜR, S. (1993): *Politik im Treibhaus. Die Entstehung des internationalen Klimaregimes*. Berlin.
- OSSENBRÜGGE, J. u. SANDNER, G. (1994): Zum Status der Politischen Geographie in einer unübersichtlichen Welt. In: *Geographische Rundschau* 46, 676–684.
- PAINTER, J. (1995): *Politics, Geography and 'Political Geography'. A Critical Perspective*. London.
- PRITTWITZ, V. v. (1990): *Das Katastrophenparadox. Elemente einer Theorie der Umweltpolitik*. Opladen.
- RÖSNER, H. J. (1997): Soziale Marktwirtschaft – ein Konzept für die internationale Ordnungspolitik im Zeitalter der Globalisierung. In: *K.-Adenauer-Stiftung (Hg.): Aktuelle Fragen der Politik* 45, 57–70.
- SCHMID, J. (1996): Unausweichlich, aber kein Fortschritt. *FAZ* vom 22. 8.
- SCHMIDT, F. (1995): Albaner außerhalb Albaniens. In: HAT-SCHIKJAN, M. A. u. WEILEMANN, P. R. (Hg.): *Nationalismen im Umbruch*. Köln, 139–152.
- SCHÖLLER, P. (1958): Das Ende einer Politischen Geographie ohne sozialgeographische Bindung. In: *Erdkunde* 12, 313–316.
- SCHÖLLGEN, G. (1994): National Interest and International Responsibility. Germany's Role in World Affairs. In: BARING, A. (Hg.): *Germany's New Position in Europe*. Oxford-Providence, 35.
- SCHULTZ, H.-D. (1989): Fantasies of Mitte: Mittellage and Mitteleuropa in German geographical discussion in the 19th and 20th centuries. In: *Political Geography Quarterly* 8, 315–340.
- SCHWARZ, H.-P. (1994): *Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne*. Berlin.
- STEGER, H.-A. (1989): *Weltzivilisation und Regionalkultur. Perspektiven vergleichender Kulturosoziologie im Zeitalter weltweiter Industrialisierung*. In: STEGER, H.-A. (Hg.): *Weltzivilisation und Regionalkultur*. München, 29–60.
- Study on NATO Enlargement (1995). Brüssel.
- TAYLOR, P. (1994): The State as a Container: Territoriality in a Modern World-System. In: *Progress in Human Geography* 18, 151–162.
- WEHLER, H.-U. (1988): *Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum „Historikerstreit“*. München.
- WERLEN, B. (1993): Gibt es eine Geographie ohne Raum? In: *Erdkunde* 47, 241–254.
- Wirtschaft und Statistik* (1996) 8, 502, 504.
- WOLFF-POWESKA, A. (1995): Politische Kultur in den postkommunistischen Gesellschaften. In: WEIDENFELD, W. (Hg.): *Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa. Strategien für Europa*. Bonn, 35–54.
- WUSTEN, H. v. D. (1994): Variations of Territoriality: States and Borders in Present-day Europe. In: GALLUSER, W. H. (Hg.): *Political Boundaries and Coexistence. IGU-Symposium*. Basel, Bern, 402–412.